

## **1. Einleitung**

### *1.1 Zielsetzung und Fragestellung der Arbeit*

Die vorliegende Arbeit hat zum Ziel, die Rahmenbedingungen, Umriss und zentrale Elemente einer potentiellen asiatischen Sicherheitsinstitution zu analysieren, die dafür geeignet sein kann, als stabiler Mechanismus der Friedenssicherung im asiatisch-pazifischen Raum – speziell in Ostasien – zu fungieren. Dazu werden im Verlaufe der Ausführungen drei Schwerpunkte gelegt: die Koreafrage, die Bedeutung von Multilateralismus in der Region, sowie die Übertragbarkeit des regionalen Sicherheitssystems der KSZE bzw. OSZE auf die Situation in Nordostasien.

Als zentraler Konfliktherd der Region steht die Situation auf der koreanischen Halbinsel im Zentrum der Analyse dieser Arbeit. Die Koreaproblematik kann sowohl als Voraussetzung für ein zukünftiges Friedenssicherungssystem, als auch als seine erste Bewährungsprobe angesehen werden. Gelingt die Entschärfung dieser extrem komplexen Problemlage, scheint der Weg für eine dauerhafte Friedenssicherung geebnet. U.U. aber liegt in der Dynamik dieser Frage selbst das konstituierende Element eines solchen Systems, welches wiederum die Frage nach dem Stellenwert von Multilateralismus in der Region aufwirft.

Im Gegensatz zu früheren Konzepten haben die in Ostasien politisch und/ oder militärisch involvierten Staaten die Entwicklung multilateraler Sicherheitsdialoge als notwendigen Schritt zu einer friedlichen Entwicklung der Region erkannt. Selbst die USA haben den Multilateralismus als wichtige Option in ihre *US Security Strategy for the East Asia-Pacific Region* übernommen.

*„Multilateralism in all its forms will become an important element of U.S. engagement in the region in coming years.“ (US Department o.D. 1998:20).*

Multilaterale Sicherheit und die Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel hängen untrennbar miteinander zusammen. Sie sind, so drückt es der Titel dieser Arbeit aus, zwei Seiten der selben Medaille. Diese Arbeit wird diese Zusammenhänge nachzeichnen und versuchen, die Wechselwirkung des Transformationsprozesses für Frieden, Stabilität und Sicherheit Ostasiens mit der Lösung der koreanischen Frage zu analysieren. Sie wird die verschiedenen Einflussfaktoren aus politischer Kultur, Geschichte, administrativen Strukturen, Machtkonstellationen, Sicherheitsbeziehungen sowie überregionalen und regionalen Interessen der Akteure auf die jüngsten politischen Entwicklungen der Halbinsel beziehen, um somit die Möglichkeiten für ein handlungsfähiges und wirkungsvolles multilaterales Sicherheitssystem für Ostasien aufzuzeigen. Gleichzeitig wird in der vorliegenden Arbeit der Versuch unternommen, Erfahrungen mit den Strukturen des europäischen Sicherheitssystems der KSZE/ OSZE – wie eingangs bereits angegeben – auf ein solches Sicherheitssystem zu projizieren.

Anhand der europäischen Erfahrungen mit dem KSZE/ OSZE-Prozess wird der Transfer bestimmter Mechanismen, Normen, Werte und organisatorische Lösungen dieses Sicherheitsregimes eine größere Rolle in den Ausführungen einnehmen. Daher ist eine grundlegende Auseinandersetzung mit den Theorien bezüglich Ursachen und Wirkungen des europäischen Friedenssicherungsprozesses eine der sozusagen ‚*vitalen Interessen*‘ dieser Arbeit.

## *1.2 Argumentative Struktur*

Politische Wissenschaft versucht, gesellschaftliche Prozesse der Gegenwart in ihren Zusammenhängen zu analysieren, um in ihren Ursachen und Auswirkungen bestimmte Muster zu identifizieren, die den aktuellen bzw. zeitgeschichtlichen Prozessen zugrunde liegen. Um Aussagen über das Zusammenspiel der einzelnen, für den spezifischen Untersuchungsgegenstand relevanten Faktoren, treffen zu können, um Motive der Akteure zu identifizieren, um die Wechselwirkungen zwischen konkretem Prozess und den ihn umgebenden Rahmenbedin-

gungen zu erklären und um letztlich Handlungsempfehlungen geben oder Aussagen über die zukünftigen Entwicklungen des spezifischen Prozesses treffen zu können, ist eine Einteilung der Gemengelage des untersuchten Prozesses in seine ihn bedingenden Faktoren, Mechanismen, Akteure und Muster notwendig. Mit einer solchen Schematisierung, bzw. einer Klassifikation seiner Einflussfaktoren entsteht sowohl eine Vergleichbarkeit der einzelnen Elemente, als auch die Möglichkeit der (zweifellos begrenzten) Übertragbarkeit der Modelle und Strukturen, die den jeweiligen politischen bzw. gesellschaftlichen Prozessen zugrunde liegen.

Der oft trügerische Schein, Erfahrungen bzw. Erkenntnisse über Strukturen und Prozesse spezifischer Situationen auf andere Problemlagen übertragen zu können, birgt notwendigerweise das Risiko in sich, das angestrebte Ergebnis zu verfehlen. Auf die neue Situation angewandt, können solche Erfahrungen die anvisierten Probleme u.U. nicht lösen oder diese gar verschärfen. Dennoch soll in dieser Arbeit versucht werden, einen Transfer bestimmter Strukturen und Ansätze des sicherheitspolitischen Modells der KSZE bzw. OSZE auf die Situation in Ostasien vorzunehmen. Ausgangspunkt der in dieser Arbeit vorgenommenen Überlegungen ist dabei die besondere Bedeutung einer stabilen Sicherheitsstruktur für die Entwicklung dieser Region bei gleichzeitiger Abwesenheit von etablierten, einflussreichen und wirkungsvollen multilateralen Sicherheitsmechanismen. Die Erfahrungen, die die europäischen Staaten mit dem Prozess und den Mechanismen der KSZE während der 1970er und 1980er Jahre gemacht haben, halten durchaus Ansätze auch für andere Regionen – insbesondere Ostasien – bereit, die die Sicherheitsarchitektur des Kalten Kriegs noch nicht überwunden haben und in denen Konfrontations- statt Integrationsstrategien das internationale politische Klima dominieren.

Die Idee des Exports der europäischen Erfahrungen mit dem KSZE/ OSZE-Prozesses in andere Regionen der Erde ist nicht neu. 1997 deutete der damalige Außenminister der Bun-

desrepublik, Klaus Kinkel, in seiner Rede in der Thammasat-Universität Bangkok diesen Gedanken an:

*„Jede Region muss ihren eigenen Weg finden, aber wir können alle voneinander lernen. Die europäische Integration oder der OSZE-Prozeß können in mancher Hinsicht durchaus Modell für eine Lösung auch der Probleme Asiens sein.“ (Kinkel 1997:3)*

Er greift damit einen Gedanken auf, der bereits einige Jahre zuvor innerhalb der deutschen Friedensforschung angedacht wurde. In einem 1992 veröffentlichten Memorandum deutscher Friedenswissenschaftler wird die potentielle Bedeutung der KSZE für andere Konfliktzonen als politikwissenschaftliches Forschungs- und politisches Handlungsfeld ins Auge gefasst:

*„Welche Strukturen, Mechanismen und Institutionen einer politisch akzeptierten KSZE sind für eine Zivilisierung von Konflikten tauglich, welche neuen müssen geschaffen werden? Welche Aspekte des KSZE-Modells sind auf andere Weltregionen oder auf die internationale Ebene insgesamt übertragbar?“ (IWIF 1992:7)*

In dieser Arbeit sollen genau jene Fragen aufgegriffen und für die Region Ostasiens entwickelt werden. Bedauerlicherweise wurde bisher kein ernsthafter Dialog über diese Ansätze und Fragestellungen unternommen. Obwohl die KSZE und ihre Nachfolgerin OSZE als besonders erfolgreiche Struktur multilateraler Friedenssicherung in Europa gefeiert wird, hat sie bisher kaum überregionale Modellhaftigkeit erlangt. Insbesondere in Ostasien ist die politische Überwindung der nach wie vor vorhandenen Blockstrukturen und die Integration der einzelnen Staaten in eine von Dialog und Zusammenarbeit geprägte Struktur besonders dringend. Dazu scheinen – aus europäischer Sicht – multilaterale Sicherheitsforen als Mechanismen zur Eindämmung des militärischen Bedrohungspotentials der Region geeignet. Die bescheidenen Grundlagen einer solchen multilateralen Sicherheitsarchitektur sind in Institutionen wie den *Vierparteiengesprächen*, dem *Asian Regional Forum (ARF)* oder der jüngsten *10+3 Gipfelkonferenz*, die erstmals im November 1999 auf den Philippinen stattfand, durchaus angelegt. Allein die Handlungsfähigkeit, Verbindlichkeit der

Ergebnisse, Grundlagen der Partizipation und Einflussmöglichkeiten auf die bestehenden Sicherheitsbeziehungen sind bislang kaum entwickelt.

Das mag auch daran liegen, dass sich die Struktur dieser Foren bislang einzig an Staaten als Akteure der internationalen Politik ausgerichtet hat. Wie Czempiel u.a. jedoch richtigerweise aufzeigen, befindet sich die globale politische Ordnung seit 1945 in einem Transformationsprozess von einer ‚*Staatenvelt*‘ hin zu einer ‚*Gesellschaftswelt*‘ (Czempiel 1999). Das gilt – zwar mit erheblicher Zeitverzögerung – auch für den asiatisch-pazifischen Raum. Zwangsläufig unterliegt diese Entwicklung verschiedenen regionalen, historischen und philosophischen Besonderheiten, die dazu führen, dass Nationen – gestern wie heute – in einem unterschiedlichen Maß Teil supranationaler Integrationsprozesse sind. Gleichzeitig formieren sich rund um den Globus international organisierte nichtstaatliche Akteure, ‚*global player*‘, die sich zunehmend dem Einfluss und der Kontrolle von Einzelstaaten entziehen – sei es im ökonomischen oder im zivilgesellschaftlichen Bereich. Diese Entwicklung führt zwangsläufig dazu, dass nicht nur eine begriffliche Diskussion um Termini wie ‚*Außenpolitik*‘ oder ‚*nationale Souveränität*‘ o.ä. geführt wird.<sup>1</sup> Vielmehr wird dadurch eine Verschiebung des Machtgefüges innerhalb der verschiedenen Ordnungsebenen deutlich: Sei es, dass weltweit organisierte Interessengruppen wie *Amnesty International*<sup>2</sup> oder *Greenpeace* in die innerhalb des traditionellen politischen Jargons als ‚*Innenpolitik*‘ bezeichneten Einflussphären von Staaten hineinwirken. Oder sei es, dass die Medien die Grenzen regionaler Verbreitung längst gesprengt haben, dass CNN

---

<sup>1</sup> Vgl. z.B. Newmann 1998, Czempiel 1999

<sup>2</sup> Einige Vertreter dieser Organisationen warnen allerdings vor der Überbewertung des Einflusses der Nichtregierungsorganisationen als „global player“. So z.B. Klaus Deile (1999:19), Generalsekretär von Amnesty International Deutschland: *„Dann möchte ich darauf hinweisen, dass die nicht-staatlichen Menschenrechtswächter oft als ‚global player‘ überschätzt werden. (...) Ihr Einfluss sollte nicht zur dritten Kraft zwischen Staat und Markt hochgejubelt werden.“*

(u.a.) ihre Sichtweise des Weltgeschehen global verbreitet, dass sich über das Internet Informationen in Sekundenschnelle weltweit abrufen lassen oder dass sich anhand der elektronischen Kommunikation globale Interessengruppen firmieren.

*„The traditional distinction between internal and external political/economic practices have been replaced by a system of productive capital and finance that almost ignores national boundaries.“ (Newman 1998:5)*

Im Fahrwasser einer voranschreitenden Transformation der weltweiten Ordnung führen Richard von Weizsäcker und Roman Herzog den Begriff der „Weltinnenpolitik“ im Munde, spricht George Bush von „New World Order“ und alle Welt von „Globalisierung“.

*„Die Welt befindet sich am Ende des 20. Jahrhunderts in einem tiefgreifenden Umbruch: Globalisierung, technologische Revolutionen, zunehmende grenzüberschreitende Interdependenz von Problemen kennzeichnen die Situation. (...) Internationale Politik reicht zunehmend über die klassische Außen- und Sicherheitspolitik hinaus. Wirtschafts-, Technologie-, Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitiken wachsen immer tiefer in den internationalen Raum hinein.“ (Messner 1999:46f)*

Eine solche Entwicklung zieht auch im Bereich der Sicherheit neue Bedürfnisse nach sich: „gesellschaftliche Sicherheit“<sup>3</sup> rückt zunehmend in das Bewusstsein der politischen Akteure wenn es darum geht, ein stabiles Ordnungsgefüge zu entwickeln. Spätestens mit den dramatischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa wird deutlich, dass sich eine stabile Sicherheitsarchitektur nicht nur auf Staaten oder Bündnissysteme ausrichten, sondern auch die in den Gesellschaften virulenten Bedürfnisse konzeptionell mit einbeziehen muss.

In dem Maße, wie sich supranationale Organisationsformen herausbilden, wirken sie in die verschiedenen Gesellschaften hinein. Traditionelle Organisations-, Definitions- und Informationshierarchien werden aufgesprengt. Nur noch hermetisch abgeschottete Gesellschaften vermögen sich dem Einbruch dieser neuen, internationalisierten Paradigmen zu widersetzen.

---

<sup>3</sup> Vgl. Buzan 1997:5ff

Eine solche Situation weitestgehender Isolation herrscht in Nordkorea, wenngleich es absehbar ist und es Anzeichen dafür gibt, dass auch dieser Zustand auf Dauer kaum aufrechterhalten bleiben wird. Im Gegensatz zum Norden befindet sich der Süden des Landes seit rund einem Jahrzehnt in einem raschen gesellschaftlichen Wandel. Wie auch in anderen asiatischen Ländern entstehen in Südkorea im Zuge der Demokratisierung und Liberalisierung zunehmend pluralistische Strukturen, z.B. bezüglich einer kritischen Presse oder einer allgemeinen Diskussionskultur. Besonders interessant – und hinsichtlich des hier behandelten Themas besonders relevant – ist in diesem Zusammenhang die enorme Zahl an neu entstandenen Nichtregierungsinitiativen, die sich einerseits mit Fragen von Sicherheit und Zusammenarbeit in Ostasien, andererseits mit dem koreanisch–koreanischen Verhältnis und den damit verbundenen internationalen Zusammenhängen beschäftigen – also der Koreafrage.

Für die Frage nach dem Stellenwert von Multilateralismus spielen jedoch nicht nur diese Veränderungsprozesse der ostasiatischen Gesellschaften und das Vordringen supranationaler Nichtregierungsorganisationen eine Rolle: die gesamte Region weist in vielerlei Hinsicht große Besonderheiten – um nicht zu sagen Hindernisse – für einen multilateralen Prozess auf:

- Zum ersten ist die Dominanz der bilateralen Beziehungen zwischen den Staaten der Region (inkl. den USA) zu nennen. Speziell die USA formulieren bislang ein gesteigertes Interesse an einer Beibehaltung ihrer bilateralen Sicherheitsarchitektur, ein Umstand, der die Entwicklung multilateraler Strukturen und Ideen bisher entscheidend geschwächt hat. Allerdings deutet sich hier in jüngster Zeit auch in den USA eine veränderte Perzeption hin zu einer stärkeren Anbindung der strategischen Konzepte an multilaterale Prozesse der Region an.
- Ein zweiter Faktor ist die unterschiedliche Wahrnehmung einer regionalen Identität, einer *Asian Identity*, die im ökonomischen Feld klar erkennbar ist und zu einer Ex-

plosion der wirtschaftlichen Aktivitäten, der Etablierung eines gemeinsamen Marktes, gemeinsamer Strukturen (z.B. APEC) und z.T. schwindelerregenden Wachstumsraten in den einzelnen Staaten geführt hat. Hingegen ist auf gesellschaftlicher Ebene eine *Asian Identity* kaum erkennbar. Nationalismus, Ressentiments gegenüber den anderen Staaten, eine kaum entwickelte Dialogbereitschaft und -fähigkeit sowie eine von Extremen geprägte Gestaltung der politischen Prozesse (bis hin zu einer besonders starken Abwesenheit eines politischen Gestaltungsvermögens) bilden die schwierigen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die bis heute die Ablösung des Konfrontationsgedankens durch einen kompromisshaften Annäherungsprozess behinderten.

- Ein drittes Hindernis stellen die ungelösten Territorialkonflikte zwischen verschiedenen Staaten der Region dar, die in ihrer zumeist ausschließlichen Symbol- bzw. Prestigehaftigkeit – so scheint es – eher gepflegt werden, als das eine Lösung angestrebt wird.
- Und schließlich ist zu erwähnen, dass die demokratischen Regeln und Institutionen in den Staaten Ostasiens bisher häufig durch mangelnde Verankerung in und Anbindung an die Gesellschaften und ihre tatsächlichen Mechanismen geprägt sind. Obwohl die demokratischen Traditionen in den meisten Staaten der Region mindestens ein halbes Jahrhundert zurückreichen, funktionieren diese Gesellschaften bis heute eher nach traditionellen und undemokratischen Regeln und „Gesetzen“, oftmals dominante Relikte nicht überwundener Systeme weit zurückliegender Zeiten.

Die hier angesprochenen strukturellen und psychologischen Probleme der Region kumulieren im besonders dominanten Maße im neuralgischen Punkt der Region Ostasiens: auf der koreanischen Halbinsel. Zunächst zu nennen ist der Umstand, dort eine zweigeteilte Nation vorzufinden, deren nördliches und südliches Staatsgebilde unterschiedlicher kaum sein könnten. Die Grenze zwischen beiden Nationen, die alte Waf-

fenstillstandslinie aus dem Koreakrieg, ist eine Art letztes Teilstück des Eisernen Vorhangs. Hier treffen nicht nur das kommunistische Nordkorea und das sich auf dem Weg der Demokratisierung befindliche Südkorea aufeinander, sondern auch die Einflussphären der USA und Chinas. Darüber hinaus markiert die Grenze die unbewältigten Entwicklungen einer extrem belasteten Vergangenheit, getragen von den Ideologien des Ost-West-Konflikts, zementiert durch ca. 400.000 Zwischenfälle, die seit dem ergebnislosen, aber mit enormen Verlusten und Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung begleiteten Koreakriegs für ein permanentes Bedrohungsgefühl auf beiden Seiten sorgen. Während der Norden seine Grenzen mit über eine Million Soldaten sichert, untersteht das Militärbündnis aus Südkorea, den USA und (indirekt) Japan der Gegenseite seit dem Zweiten Weltkrieg unter dem Oberbefehl eines amerikanischen Generals. Durch den Umstand, seine militärpolitische Steuerungsfähigkeit bedingungslos an die USA abzutreten, handelt sich Südkorea von Seiten des Nordens fortgesetzt den Vorwurf des Vasallentums ein. Das wiederum bedingt, dass direkte Gespräche zwischen dem Nord- und Südteil des Landes von Seiten Nordkoreas bis zum als „historisch“ angesehenen Gipfeltreffen der beiden koreanischen Staatsführer abgelehnt wurden, da diese nur die USA als gleichwertigen Verhandlungspartner akzeptieren. Und selbst dieses Treffen der beiden „Kims“ brachte außer überdeutlicher Symbolik und der Erkenntnis, dass eine freie Berichterstattung von keiner Seite gewünscht wurde, kaum konkrete Verbesserungen.

Die USA missachten ihrerseits als Hegemonialmacht das Selbstbestimmungsrecht des Südens, indem sie Südkorea in seiner außen- und verteidigungspolitischen Abhängigkeit für ihre regionalen und globalen politischen Interessen instrumentalisieren. Das führt soweit, dass selbst bilaterale Vereinbarungen, die zwischen den USA und Nordkorea getroffen werden – wie das 1994 zustande gekommene Genfer Abkommen – finanziell weitgehend von Südkorea getragen werden müssen.

Die ohnehin brisante Konstellation wird durch die katastrophale wirtschaftliche Situation des Nordens zusätzlich belastet. Während Hunderttausende Menschen im Norden hungern, sieht sich die Führung des Landes gezwungen, einen Großteil ihres jährlichen Etats für Verteidigungsmaßnahmen auszugeben, um das politische Überleben des Systems zu gewährleisten. International weitgehend isoliert, hat der Norden jedoch durch seinen im August 1998 vorgenommenen Raketen-test die USA unter Zugzwang gesetzt, die Belange und Forderungen Nordkoreas ernst zu nehmen. Zu den zentralen Anliegen, die der Norden kontinuierlich als Voraussetzung für weitergehende Verhandlungen vorträgt, gehören u.a. der Rückzug des US-amerikanischen Militärs aus Südkorea und die Normalisierung der Beziehungen zwischen Nordkorea, den USA und Japan. Gerade für Japan brächte dies ein großes Problem mit sich, wäre dieses Land dadurch gezwungen, sich der Verantwortung für ihre Verbrechen am koreanischen Volk, begangen während der Kolonialzeit und des Zweiten Weltkriegs, zu stellen und durch Reparationszahlungen in angemessener Höhe wenigstens finanziell auszugleichen. Nordkorea fordert 15 Milliarden US-Dollar.

Doch in die verfahrenere Situation ist in vielerlei Hinsicht Bewegung gekommen. Durch die *Sonnenschein-Politik* von Seiten Südkoreas gegenüber dem nördlichen Nachbarn haben sich die Beziehungen, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, spürbar verbessert. Gemeinsam mit Nordkorea wird vor allem im Bereich des Tourismus die Region des Diamant-Gebirges entwickelt. Südkoreanische Firmen wie Hyundai und Samsung verlagern einige ihrer Produktionsstätten nach Nordkorea, investieren in die Entwicklung der Infrastruktur, z.B. durch den Bau von Autobahnen. Im Gegenzug bewegt sich auch die bis dato starre und von Antiamerikanismus geprägte kommunistische Ideologie des Nordens. Orientiert am chinesischen Modell werden in den in der Entstehung befindlichen Sonderwirtschafts-, Freihandelszonen und –häfen erste Tore zur Beteiligung des Landes am Welthandel geöffnet. Eine neue Generation von Technokraten erweitert die Juche-Ideologie

des Regimes von Kim Jong-Il um Elemente eines wirtschaftlichen Reformkurses als Teil der Überlebensstrategie des Systems.

Indes haben auch die USA erkannt, dass ihre einstmals vertretene Theorie des schnellen Zusammenbruchs des kommunistischen Nordkoreas in Folge des Zerfalls des Ostblocks nicht mehr haltbar ist. Nordkorea zeigte im vergangenen Jahrzehnt, dass trotz aller Belastungen die von Seiten der USA ausgearbeiteten *soft-landing-Konzepte* für den Papierkorb der Geschichte produziert wurden.

In Berlin gelang im September 1999 ein vielleicht entscheidender Durchbruch in den Beziehungen der beiden Länder USA und Nordkorea, der weitreichende Auswirkungen auf die Region haben könnte. Der Schock, verursacht durch den erwähnten Raketentest der Taepodong I–Langstreckenrakete am 31. August 1998, sitzt tief – vor allem beim Verbündeten Japan, über dessen Territorium hinweg das Geschoss flog, um in den Fluten hinter seiner Ostküste zu versinken. Es zeigte darüber hinaus den amerikanischen Bündnispartnern allzu deutlich, dass ein im Würgegriff amerikanischer Sanktionen gehaltenes Nordkorea vor allem eine Bedrohung für die mit den USA verbündeten Nachbarstaaten darstellt. In der amerikanischen Öffentlichkeit wurde daraufhin das Problem erkannt, dass die hoch entwickelte Waffentechnologie Nordkoreas auch Auswirkungen auf andere Problemregionen der Welt hat. Niemand zweifelte ernsthaft daran, dass die in den USA pauschal als *Schurkenstaaten* abqualifizierten Gesellschaften wie Irak oder Libyen ein gesteigertes Interesse am Erwerb dieser Technologie haben könnten. Die bis dahin festgefahrenen Vierparteien-Gespräche zwischen China, den USA und beiden Koreas über die Zukunft der koreanischen Halbinsel erhielten neue Dynamik. Mit der im September 1999 getroffenen Vereinbarung zeigten vor allem die USA Einsicht, dass eine langfristige Befriedung und Stabilisierung der Region am ehesten zu erreichen ist, wenn man den verschiedenen Absichtserklärungen – wie zum Beispiel dem Genfer Abkommen aus dem Jahre 1994 – auch Taten folgen lässt. Für den Preis des weite-

ren Verzichts auf Raketentests von Seiten Nordkoreas willigen die USA ein, ihr seit 1950 bestehendes Sanktionsregime weitestgehend aufzuheben und normale Beziehungen mit dem Land zu entwickeln. Damit würden sie zumindest eine der Hauptforderungen Nordkoreas erfüllen, die einer weitergehenden Dialogbereitschaft im Wege stehen.

Der Umstand, dass zur Lösung der Koreafrage das Institut der Vierparteiengespräche geschaffen wurde, unterstreicht den Stellenwert der koreanischen Frage für Sicherheit und Frieden in der gesamten Region Ostasiens. Von Seiten Nordkoreas wird betont, dass es ohne normalisierte Beziehungen keine Möglichkeit für multilaterale Sicherheit und Zusammenarbeit der Systeme gibt. Diese Position demonstrierte das Land u.a. durch sein Fernbleiben am ARF-Diskussionsprozess bis in das Jahr 2000. Die jüngsten Annäherungstendenzen zwischen den beiden koreanischen Staaten allerdings brachte nun auch den Eintritt des Nordens in das ASEAN Regional Forum mit sich – ein weiteres Anzeichen für die Ernsthaftigkeit des nordkoreanischen Friedenswillens.

### *1.3 Theoretischer Analyserahmen*

Theoretisch orientiert sich die Arbeit am neoinstitutionalistischen Ansatz innerhalb der liberalen Schule der internationalen Organisationstheorie. Insbesondere die Betonung der Bedeutung einer dezentralen Struktur des internationalen Systems, basierend auf der Existenz souveräner Staaten, scheint innerhalb der theoretischen Konzeption von zentraler Bedeutung zu sein. Das Motiv zur Bildung einer internationalen Sicherheitsinstitution in Form einer KSZA basiert auch auf einer zunehmenden Inter-Dependenz („*Agent Structure*“-Problematik) der Staaten – gerade in Sicherheitsfragen. Der einzelne Staat wird in Zukunft eine immer geringer werdende unilaterale Handlungsfähigkeit besitzen und daher seine Aktivitäten zunehmend hinsichtlich „*joined gains*“ multilateral ausrichten müssen. An dieser Stelle wird der (neo-)institutionalistische Ansatz um Elemente der Interdependenz-Analyse erweitert.

Insbesondere die Überlegung, dass internationale Organisationen durch Bereitstellung von Entscheidungs- und Sanktionsmechanismen als Stabilisatoren eine integrative Funktion ausüben, ist im Gesamtzusammenhang ostasiatischer Sicherheitspolitik von zentraler Bedeutung. Weiterhin beeinflussen ältere liberale Ansätze, wie der Föderalismus oder der Transaktionismus die hier verwendeten konzeptionellen Überlegungen. Beide Ansätze sind deshalb interessant, weil sie die Idee der Bildung einer Sicherheitsgemeinschaft mit weitestgehend unabhängigen Teilnehmerstaaten entwickeln. Insbesondere eignen sich derartige konzeptionelle Ansätze zur Untersuchung der grundsätzlichen Einbindung von Nordkorea und China, da diese Staaten ihrer nationaler Eigenständigkeit einen vergleichsweise hohen Stellenwert einräumen.

Obwohl neorealistische Ansätze viele brauchbare Hinweise bezüglich des Zusammenspiels verschiedener Macht- und Einflussfaktoren im internationalen System bereithalten, erscheint die Prämisse einer dominanten Hegemonialmacht mit dem Ergebnis einer hegemonialen Stabilität für die Region nicht erstrebenswert – und nicht realistisch. Insbesondere in Nordostasien hat die hegemoniale Dominanz verschiedener Länder (z.B. Japan, USA) historisch nie dazu beigetragen, eine stabile Friedensordnung zu schaffen. Gerade der bis heute andauernde „*semi-war-state*“ auf der koreanischen Halbinsel ist Ausdruck eines solchen Hegemonialsystems – und disqualifiziert damit den Neorealismus für das Anliegen dieser Arbeit.

Konflikttheoretische Ansätze scheitern bereits an der praktischen Akzeptanz, da sie in erster Linie auf sozialistischen bzw. marxistisch-leninistischen Denkansätzen beruhen. Darüber hinaus sind sie Ausdruck politisch-systematischer Ideologien, Gegebenheiten und Machtstrukturen, die sich entweder als Fehleinschätzung herausstellten oder die es – nach wie vor – zu überwinden gilt. Einzig die Theorie der *friedlichen Koexistenz* erhält durch ihren Einfluss auf die nordkoreanischen Vorstellungen einer internationalen Friedensordnung eine gewisse Relevanz, die jedoch z. T. in den Ansätzen des Transaktionismus und des Föderalismus berücksichtigt ist.

#### *1.4 Forschungsstand*

Die in dieser Arbeit verwandte Literatur bemüht sich, der Vielschichtigkeit der verschiedenen ineinandergreifenden Problemkonstellationen Rechnung zu tragen. Zahlreiche Publikationen, die aus der intensiven innerkoreanischen Debatte hervorgegangen sind, wurden in die Arbeit integriert. Ein Teil der verwandten Literatur wurde ausschließlich auf Koreanisch veröffentlicht, Zitate wurden von mir sorgfältig und möglichst wörtlich, in jedem Falle aber den Sinn erfassend, übersetzt und als solche kenntlich gemacht. Dasselbe gilt für Quellen in japanischer Sprache.

In der vorliegenden Arbeit wurde eine große Anzahl von Dokumenten verwandt, deren Publikation über das Internet, genauer: über das WorldWideWeb erfolgte. Besonders im Teil über die Diskussion um die staaten- versus gesellschaftsweltlichen Ansätze und Perspektiven der hier behandelten Fragestellungen, sowie hinsichtlich der zivilgesellschaftlichen Entwicklungen innerhalb Nordostasiens ist das Internet eine reichhaltige Fundstelle einiger höchst interessanter – und zum Teil tagesaktueller – Informationen. Herauszuheben sind insbesondere die wissenschaftlichen Diskussionen und Beiträge, die über das North East Asian Peace and Security NETWORK (NAPSNET) und ihre kooperierenden Institute (besonders: NAUTILUS Institute/ Berkeley, California) verbreitet werden.

Der Theorieteil über internationale Sicherheit profitierte ganz wesentlich von der wissenschaftlichen Diskussion innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, da hier ein besonderer Schwerpunkt auf die Analyse multilateraler Systeme und deren Funktionsbedingungen gelegt wird. Herauszuheben sind diesbezügliche Publikationen des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg sowie der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt.

Für die Analyse der besonderen Situation auf der koreanischen Halbinsel wurde in dieser Arbeit auf eine Vielzahl von Veröf-

fentlichung des Forschungsinstituts für nationale Wiedervereinigung zurückgegriffen, weil es als offizielles Institut des Amtes für nationale Wiedervereinigung ein breites Spektrum an Diskussionsbeiträgen bereithält und sich um eine ausgewogene Darstellung der Sichtweisen und Probleme bemüht. Gegenüber den offiziellen Darstellungen konzentrieren sich die Zeitschrift „Mahl“ sowie die Tageszeitung „The Hankyoreh“ auf die progressiven Tendenzen innerhalb der sich demokratisierenden Gesellschaft Südkoreas, was sie ebenfalls zu interessanten Informationsquellen werden lässt.

Eine Schwierigkeit in der innerkoreanischen Diskussion ist jedoch die ideologische Überfrachtung der Situation. Zum Einen ist in Nordkorea der Zugang zu anderen als im eigenen Land vorgenommenen Veröffentlichungen so gut wie unmöglich. Zum Anderen ist in Südkorea die Lektüre nordkoreanischer Publikationen durch die nationale Sicherheitsgesetzgebung unter Strafandrohung verboten, sodass der Umstand, in dieser Arbeit auch „pro-nordkoreanische“ Literatur verwandt zu haben, bei Bekanntwerden in Südkorea juristische Konsequenzen haben kann. Dieser Umstand wirkt sich leider auch auf eine große Anzahl von sog. „wissenschaftlichen“ Arbeiten aus, die oft nichts weiter zu bieten haben, als die offiziellen Positionen der Regierungen unkritisch darzustellen. Da für diese Arbeit die propagandistisch motivierte Zensur Südkoreas keine Rolle spielen kann, wertet sie auch einen Teil der dort als *illegal* geltenden Literatur aus. Hierzu zählen beispielsweise die Artikel der Zeitschrift *Korea Is One* der *Pan-Koreanischen Allianz für die Wiedervereinigung*. Über letztgenannte Organisation war es auch möglich, eine Reihe von nordkoreanischen Primärquellen zu erschließen, die eine wissenschaftliche Betrachtung hinsichtlich der verschiedenen Sichtweisen und Handlungsoptionen sowie der Motive Nordkoreas erst möglich machten.

Eines der Teilziele dieser Arbeit ist es, wie erwähnt, die Perspektiven einer strukturellen Übertragbarkeit der im europäischen KSZE-Prozess gemachten Erfahrungen zu entwickeln. Hinsichtlich dieser Fragestellung liegen bislang wenig

verwertbare Materialien vor. Obwohl der vor allem aus dem US-amerikanischen Raum vorgebrachte Einwand<sup>4</sup> gerechtfertigt ist, eine eurozentristische Sichtweise auf „regional security“ in Ostasien ignoriere die spezifischen regionalen Faktoren der Problemkonstellation, scheint dies jedoch umgekehrt der wissenschaftlichen Diskussion zu erlauben, die in Europa gesammelten Erfahrungen mit regionaler Sicherheit für andere Regionen dieser Welt weitgehend zu vernachlässigen. Der Begriff des *Eurozentrismus* – besonders vor dem Hintergrund der Diskussion um *Globales Lernen* – kann also auch als Unfähigkeit verstanden werden, über den europäischen „Tellerrand“ hinaus Perspektiven für regionale Sicherheit zu entwickeln.

Immerhin bemühen sich Schlotter/ Ropers/ Meyer (1994) um eine erste Bestandsaufnahme von Kriterien der Übertragbarkeit von KSZE-Erfahrungen, während Uhe eine weitreichende Dokumentensammlung zum Thema „Eine KSZE für Asien?“ (1996) zusammengestellt hat. Leider erfuhren beide wissenschaftlichen Impulse, seit sie Mitte der 1990er Jahre erfolgten, keinen erkennbaren Nachhall.

Die Mehrzahl der Publikationen, die sich mit regionaler Sicherheit in Ostasien beschäftigt, konzentriert ihre Analyse zudem auf den Rahmen der ARF, dem Regionalforum von ASEAN. Zwar sind mittlerweile alle Staaten der Region Ostasiens Mitglied des ARF, jedoch wird in dieser Arbeit die Ansicht vertreten, Masse sei nicht gleich Klasse. Mit anderen Worten: Ein solchermaßen überregionales Forum mag für die Lösung bestimmter regionaler Kernprobleme ungeeignet sein. Stattdessen wird der Ansatz verfolgt, die laufenden Vierparteiengespräche zwischen den beiden koreanischen Staaten, den USA und China könnten zur Entwicklung einer erheblich ergebnisorientierteren Struktur für regionale Friedenssicherung in Ostasien beitragen, als das ARF.

---

<sup>4</sup> Vgl. Feske 1991:11